

sehr eingehende Hausdurchsuchung stattgefunden hatte, wobei alle Briefe mitgenommen wurden. Die Freunde warteten, ihm zu schreiben, weil alle Briefe abgefangen würden; da er aber erst vor ein paar Tagen ihr wieder geschrieben, also offenbar von dem Vorgefallenen nichts wisse, warne sie ihn, an sie zu schreiben.

Diese Hausdurchsuchung war auf Denunziation des Schusses Rebel erfolgt, welcher — wie oben angeführt — die Adresse von Huber's Braut in dessen Wohnung abgequackt und der Polizei denunziert hatte, ohne nur das Geringste von Ungeheulichem zu wissen.

Nach sechsunddreißigstündiger Polizeihaft wurde Huber an den Staatsanwalt H ä n s c h e l — wohlgerichtet nicht an den Richter — abgeliefert. Der Staatsanwalt war in seinem Benehmen im Ganzen anständig. Einmal meinte er zu Huber, derselbe sei ein Thor, daß er für die Leute in Hottingen-Büchli die Kasernen aus dem Feuer hole. Huber antwortete, er möge dergleichen Mahnungen unterlassen, mit denen schon Dohlsfeld vergeblich versucht habe, ihn herumzubringen. Dann sagte H ä n s c h e l wieder, wir hätten viele Lumpen in der Partei, dies sei unser Untergang. Huber suchte ihm auseinanderzusetzen, wie Lumpen entstanden; in der Sozialdemokratie gebe es nur einen kleinen Theil Lumpen, dagegen seien in den Ordnungsparteien nur ein kleiner Theil ehrlich.

Von da ab ging Alles sachlich.

Erst am 5. Tage kam Huber vor den Untersuchungsrichter, was wieder ein schwerer Verstoß gegen das Gesetz, welches die Vernehmung spätestens am Tage nach der Vorführung vor Gericht anordnet. Nach einfüßigem Verhör theilte ihm dieser mit, daß der Haftbefehl verlängert würde. Auf Huber's Frage, ob denn für die Verlängerung der Haft keine neuen Beweismittel angeführt werden müßten, antwortete der Untersuchungsrichter, er sei fluchtverdächtig. Huber versuchte nachzuweisen, daß er gar nicht bestraft werden könne, da die Polizei durch die Wegnahme der Pakete gesorgt habe, daß er nicht gegen das Gesetz verstoßen könnte. Er könne doch nicht annehmen, daß man ihn als Sozialist durch eine längere Untersuchungshaft strafen wolle. Darauf schrieb der Untersuchungsrichter heftig: „Ich habe Gründe genug gegen Sie, mehr als ich brauche.“ Die Beschwerde gegen die verlängerte Haft, die Huber erst nach drei Tagen einreichen konnte, wurde nach drei weiteren Tagen verworfen. „Er sei ein eifriges Mitglied der sozialdemokratischen Partei, die (Scheuete Krämmer) bei denen er wohne, seien ebenfalls sozialistisch, und es sei notorisch festgestellt, daß die Partei in Leipzig organisiert sei.“

Was dies Alles mit Huber's Untersuchungshaft zu thun hatte, ist schwer begreiflich, und in der That mußte man Huber nach vierzehntägiger, unschuldig verbüßter Untersuchungshaft entlassen, weil nichts gegen ihn vorgebracht werden konnte. Aber das hinderte die Polizei nicht, ihn fünf Tage später auf Grund des „Kleinen“ auszuweisen. Huber ging zum Kreishauptmann und fragte, was gegen ihn vorliege, und ob Herr Dohlsfeld thun könne, was er wolle. Es wurde ihm der Befehl, sich schriftlich zu beschweren, doch schied dies seine Ausweisung nicht hinaus. Huber verließ Leipzig; und so auf die Landstraße gesetzt, unterließ er es, weiter den Beschwerdebeweg zu betreiben.

Dies ein Bild für Viele. Noch sind eine Reihe ähnlicher Fälle: Verhaftungen, Untersuchungen, unschuldig verbüßte Untersuchungshaft oder, wie im Künkel-Artisch-Kaufschle'schen Falle, Monate dauernde unschuldig verbüßte Strafhaft vorgekommen, und dann warf man die Angeklagten und ungerecht Verurtheilten auf die Straße. Die gesetzlichen Vorschriften über die Verhaftung, die Untersuchung und Untersuchungshaft werden mißachtet, und wenn alle Mittel moderner Tortur nichts nützen, läßt man nach so und so viel Tagen und Wochen den Angeklagten laufen, jersüßt aber seine Existenz durch die Ausweisung.⁹⁾

Das nennt man einen „Rechtsstaat“, einen „christlichen Staat“, — o Schmach über diese Heuchelei!

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 15. November.

— Die gewerbmäßigen Heger diesseits und jenseits des Rheins treiben ihr niederträchtiges Handwerk immer unverschämter. Auf deutscher Seite ist es namentlich das Weltblatt am Rhein, die biedere „Kölnische Zeitung“, das sein Möglichstes thut, in Deutschland eine blinde Wuth gegen das französische Volk zu entfachen. Dieses internationalisierbare Blatt trieb die Schamlosigkeit jüngst soweit, rund heraus zu erklären, daß da der Krieg nun ja doch einmal unvermeidlich scheine, es auch am besten sei, wenn er so bald als möglich ausbreche. Natürlich war das eine ganz unabhängige Pressstimme, man weiß ja längst, in welche Blätter man von Berlin aus gewisse Notizen unterbringt, die alsdann als „Pressstimmen“ sorgfältig notirt und verwertet werden. Welchen Eindruck unter solchen Umständen die betreffende Notiz in Frankreich machen muß, liegt auf der Hand, sie erleichtert dem Heger jenseits der Grenze ihr frivoles Treiben.

Und sofort sind auf's Neue „Kölnische Zeitung“, die reptilienfondsbustende „Französische Korrespondenz“, die unbeanstandet durch fast die ganze deutsche Presse — einschließlich der demokratischen — läuft, und ähnliche Pressinstitute bei der Hand, die Antworten der höchsten französischen Blätter dröhnend dem deutschen Publikum vorzulegen: da sieh, Nidel, wie die Franzosen wider Dich wüthen! Es ist das ein sames Jongballspiel, ausgeführt von gesinnungslosen Subjekten, die sich Patrioten nennen, weil sie das Wohl ihrer Landsleute in gewissenloser Weise preisgeben. Dabei ist es übrigens noch sehr fraglich, ob die Ballspieler auf französischer Seite wirklich alle Franzosen sind, oder ob sich nicht sehr verdächtige Deutschstrolche unter ihnen befinden, Subjekte, die dafür bezahlet werden, haben wie drüben die Deffentlichkeit nicht zur Ruhe kommen zu lassen, damit gewisse Staatsmänner im Trüben fischen können.

In dieser Vermuthung werden wir durch einen Brief bestärkt, den ein in Paris lebender Deutscher an seinen Bruder nach Deutschland geschrieben, und der uns von diesem zur Verfügung gestellt worden ist. Obwohl dieser Brief nicht gerade durchgängig „Neues“ enthält, halten wir ihn doch für interessant genug, ihn hier im Wortlaut folgen zu lassen:

— „Was die Situation hier anbelangt, so kann ich Dir aus eigener Anschauung folgendes mittheilen:

— Seit etwa einem Vierteljahr hat sich solche wesentlich geändert. Waren bisher die Franzosen auch nichts weniger wie gute Freunde der hier lebenden Deutschen, so war die Situation doch immerhin erträglich. Man ging sich gegenseitig aus dem Wege und die Sache war abgethan. Der Umschwung fällt zusammen mit dem plötzlichen Erscheinen verschiedener anti-deutscher, resp. anti-preussischer Blätter, welche mit einer noch nie dagewesenen Heftigkeit der Sprache über die deutsche Kolonie herfielen. Es gehört hierher der „Anti-Prussien“, welcher den Reigen eröffnete,

sowie die „Nieuve allemande“. Einige andere Blätter desselben Schlages oder weniger gelesen, traten in dieselben Fußstapfen.

Obgleich zum Wenigsten die Hälfte der gegen die Deutschen vorgebrachten Anschuldigungen auf reiner Erfindung beruhte, brachten diese Heftblätter es doch zu einem ziemlichen Leserkreis. In erster Linie lauten die Deutschen selbst diese Blätter, namentlich den Anti-Prussien, und man konnte namentlich in der ersten Zeit darauf schwören, einem Deutschen gegenüber zu stehen, wenn man im Café ein Individuum den „Anti-Prussien“ studiren sah. Erst nach und nach fanden auch die Franzosen Geschmack an dieser blödsinnigen Lektüre, das heißt nur eine gewisse Klasse Franzosen. Weder der Arbeiter noch der wirklich Gebildete gibt diesen Blättern Recht; es ist der Mittelstand, die jungen K a u f l e u e und deren Geistesverwandte, welche auf den „Anti-Prussien“ schwören und Alles, was derselbe vorbringt, als ein Evangelium weiterverbreiten. Die verrücktesten Sachen werden von diesen Ekeln geglaubt. Sagte mir doch noch vor wenigen Tagen ein Nachbar bei Tisch: „Daß die deutschen Arbeiter in Paris billiger arbeiten, wundert mich gar nicht. Jeder bekommt von der preussischen Regierung ein festes Gehalt von Fr. 1.— pro Tag, eine Art Pension, wodurch sie vor der äußersten Noth geschützt sind.“ Auf meine Frage, woher er dies denn eigentlich wisse, hieß es einfach: der Anti-Prussien jagt's.

Kurz nach dem Austausch dieser Heftblätter erschien der bekannte Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der hier ungeheures Aufsehen erregte. Ich muß gestehen, daß mir diese sich schnurstracks gegenüberstehenden Artikel (ich meine die Verächtlichkeiten des „Anti-Prussien“ und die drohende Sprache der „Nord. Allg. Zeitung“) den Eindruck machten, als ob sie wohl alle Beide aus derselben Quelle hervorgezogen seien.

Es gibt Leute in Europa, welche es mit sehr scheelen Augen ansehen, daß Frankreich sich wieder erholt, und es wäre ein neuer Krieg wohl das Einzige, um hier hindernd in den Weg zu treten. Wie denselben aber heraufbeschwören, ohne ganz Europa gegen sich zu haben? Nichts einfacher wie das. Man schafft eine Presse, welche die Franzosen durch ihre heftige Sprache derart gegen die Deutschen aufreizt, daß sie eines Tages in Paris über dieselben herfallen. Die Herren in Berlin haben dann den ersehnten Casus belli. Man ruft das Volk, das einstimmige lammesgebuldige Volk, zu den Waffen, um die Unbill zu rächen; alle Welt schwört darauf, die Deutschen haben Recht, ihre Landsleute zu rächen, und schließlich ist der Anstifter der ganzen Geschichte selbst ein Deutscher, der, um seinem Ehrgeiz zu fröhnen, nicht davor zurückschreckt, einige Tausend Deutsche zu opfern, um einen Vorwand zum Kriege zu haben.

So ist die Sache und nicht anders. Wir sind diese Blätter, wie der „Anti-Prussien“, verdächtig. Uebrigens bin ich nicht der Einzige, der so denkt. Schon vor Wochen und Monaten warteten der „National“ und andere Zeitungen vor diesen Heftereien, an welchen nur Bismarck ein Interesse haben könne. Es sei ferne von mir, behaupten zu wollen, daß Bismarck diese Blätter direkt von Berlin aus bestaube. Ich glaube vielmehr, daß die deutsche Regierung hier Agenten unterhält, welche in keiner Weise den Deutschen verrathen und allgemein als Franzosen durchgehen. Eine derartige Altkue, reichlich mit Mitteln aus dem Reptilienfond versehen, würde mit Leichtfertigkeit Rebauteure finden, welche dumm genug wären, auf den Leim zu gehen und, ohne es zu wissen, in Bismarck's Interesse zu arbeiten.

Denn nur in Bismarck's Interesse liegt es, wenn heute der Krieg ausbricht. Frankreich ist heute noch nicht in der Lage, es mit Deutschland aufnehmen zu können und würde unfehlbar geschlagen werden. Es können also nur Frankreich's Feinde sein, welche den Krieg predigen, um Frankreich in den Abgrund zu stürzen.

Auch der Vorfall mit dem König von Spanien ist nur ein Glied des gegen Frankreich geplanten Fehlschusses.

Schon einmal, 1870, hat Spanien herhalten müssen, um die Franzosen zu einer Kriegserklärung zu treiben, und die Sache ist damals wunderbar gelungen. Wer weiß, ob man in Berlin sich nicht mit der Hoffnung geschmeichelt hat, die Pariser Würden zu Thätlichkeiten übergehen. Glücklicherweise blieb es beim Pfeifen.

Ich habe die Sache selbst mit angesehen. Alphonse sollte Nachmittags gegen 4 Uhr hier eintreffen, und sprach man schon einige Tage vorher von nichts Anderem mehr. Ich ging Mittags nach dem Nordbahnhof, um zu sehen, wie die Sachen ständen.^{*)} —

Kurz vor 4 Uhr ertönten die ersten Kanonenschüsse, welche die Ankunft des Königs anzeigten und etwa 20 Minuten später fuhren die Wagen in die Rue Lafayette ein. Kaum bemerkte die Menge die langsam vordringenden Wagen als ein ganz beispielloses Spektakel losging. Denke Dir ein ganzes Armeekorps, zu gleicher Zeit pfeifend, brüllend und johlend, dahinschreitend die Rufe: A bas le roi Ulan! a bas le Prussien! Vive la république! etc. Von Alphonse war nichts mehr zu sehen, die Gardinen der Wagen fest geschlossen, und es sollte mich gar nicht wundern, wenn es ihm in diesem Augenblicke anfang, im Leibe zu kollern. Es hätte nur eines Zufalls bedurft, z. B. eines Stodens in der Weiterfahrt, und es hätte ihm das Leben kosten können. Die Soldaten hätten ihn nicht schützen können, denn was hätten selbst mehrere Regimenter gegen eine derartige Volksmenge ausrichten können? Er wäre unfehlbar arg zugerichtet worden, was vielleicht gewissen Leuten sehr in ihre Pläne gepaßt hätte.

Kafka, die Sache ist noch so ziemlich gelind abgelaufen; der „Anti-Prussien“ und Genossen heßen aber fröhlich weiter. Der Kriegsminister hat vorige Woche den Strafenverkauf des Blattes durch die Ausrufer verboten, wahrscheinlich weil der Titel eine Art Beleidigung für eine Macht ist, mit der Frankreich in Frieden lebt. Unterdrücken kann er die Blätter nicht, da die Presse frei ist.

Uebrigens scheint es mir, als ob der Glanz des „Anti-Prussien“ im Abnehmen begriffen sei, was im Interesse Frankreichs zu wünschen wäre. Die in Deutschland verbreiteten Gerüchte auf Ausweisungen der Deutschen beruhen auf Uebertreibungen. Dagegen hat man in den einzelnen Fabriken die deutschen Arbeiter entlassen, um Franzosen an deren Stelle zu setzen, was ich ganz in der Ordnung finde. Den Eisaffären, welche nicht für Frankreich optirt hatten, ging es ebenso.“ —

Soweit der Brief, und wie der Briefschreiber denken noch viele Leute in Paris. Was man z. B. den französischen Sozialisten auch sonst vorwerfen mag, in einem Punkte ist ihr Verhalten durchaus prinzipiell; in der Bekämpfung der Revanchepolitik. Ganz besonderes Lob verdienen in dieser Beziehung die Blanquisten, die in sehr geschickter Weise für die Umwandlung der stehenden Armee in die Volksbewaffnung agitiren.

Waffen wir uns deshalb durch die deutschen Heger nicht deitren! Das deutsche Volk hat alle Ursache, keinen Krieg herbeizuwünschen, denn die Sache der Freiheit kann durch einen solchen nur verlieren. Die deutschen Kriegsheger sind die größten Feinde des deutschen Volkes, wie die Kriegsheger drüben die größten Feinde des französischen Volkes sind.

— Die nationalliberalen Angstmeier sehen wieder Auflösungsgerüchte in der Welt. Die „Arbeitergesetze“ und die geplante Vermehrung der Artillerie werde zwar — so meinen sie — keinen Anlaß zur Auflösung des Reichstages geben, weil das Mandat desselben nur bis Ende Oktober des nächsten Jahres reicht und der brave Otto drum noch immer Zeit habe, es mit dem neuen Reichstag zu probiren. Aber anders liege die Sache mit dem Sozialistengesetz; wenn der Reichstag die Verlängerung abweise, dann sei die Regierung zu einer Auflösung gezwungen, weil das Sozialistengesetz vor dem Reichstagsmandat ablaufe (schon am 1. Okt. 1884) und dann „eine gefährliche Lücke“ entstehen würde. Drei oder vier Wochen ohne Ankel-

*) Es folgt nun eine eingehende Schilderung der Volksansammlung am Bahnhofe, die sich nicht wesentlich von den Zeitungsberichten unterscheidet.

gesch und Belagerungszustand — das ist für diese klassischen Vertreter des modernen Bourgeoisliberalismus allerdings ein schrecklicher Gedanke. Was sollte aus der schönen Bourgeoiswelt werden, wenn die bösen Sozialisten nur ein paar Wochen lang ihr im vollen Lichte der Deffentlichkeit den Spiegel der Wahrheit vorhalten, über die vornehmen und niederen Vertreter die Geißel der Kritik und des empörten Rechtsgedankes schwingen würden! Der Gedanke ist so schrecklich, daß sich auf jedem Bourgeoischädel ein jedes Haar emporsträuben muß. Das wäre ja die Auflösung aller Bande der Ordnung, das Ende aller Dinge, der allgemeine Kladderadatsch.

Nun — wir danken für das Kompliment, das man mit dieser Angst unwillkürlich macht, und registriren mit Vergnügen das Eingeständniß, daß die bürgerliche Gesellschaft im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte keine drei Wochen der Press- und Vereinsfreiheit mehr vertragen kann. Um uns für das Geständniß und das Kompliment erkenntlich zu bezeigen, wollen wir den nationalliberalen Hafenerzen verrathen, daß der Reichstag, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Abgeordneten, keine zehn Mitglieder enthält, welche ernsthaft gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes sind; und daß dem betr. Vorschlag der Regierung die Majorität, und zwar nicht eine knappe, sondern eine sehr starke Majorität sicher ist. Sind die Herren nun einigermaßen getröstet?

Freilich, den Spiegel und auch die Geißel können wir ihnen nicht ersparen. Der Spiegel ist unzerbrechlich und er spricht die Wahrheit, wie das Spiegeln der Königin im „Schneewittchen“; und wenn unsere Geißel nicht in Deutschland geschwungen werden kann, so soll sie dafür mit verdoppelter Kraft geschwungen werden. Sie reicht weit genug, sie reicht bis in den entferntesten Winkel, und je länger die Peitsche, je weiter der Jüchtiger von dem zu Jüchtigenden absteht, desto kräftiger und wichtiger sind die Schläge. Es ist das ein physikalisches Gesetz, das unsere Herren Feinde wohl kennen werden. Oder nicht?

— „Sommerheinisch-westphälischen Kohlenbezirke“ betitelt sich ein Artikel der Berliner „Volkzeitung“, der aus Veranlassung des Prozesses gegen die Kartener „Aufreißer“ die sozialen Verhältnisse in dem „bedeutendsten Industriebezirke des preussischen Staates“ einer Betrachtung unterzieht. Natürlich unterläßt es der Artikelschreiber, die nothwendigen Konsequenzen aus seinen Beobachtungen zu ziehen, und deshalb wollen wir seinen Artikel ein wenig ergänzen.

Es wird da zunächst konstatiert, daß nicht nur auf der Zehn Germania, sondern allgemein das Verhältnis zwischen Verwaltung und Arbeitern immer schlechter wird, „je mehr die alten humanen Beamten verschwinden, um jungen, in anderen, aber leider nicht besseren Anschauungen hervor-gegangenen Nachfolgern Platz zu machen.“

Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, liebe „Volkzeitung“! Die jungen Beamten haben den „Geist unserer Zeit“ eben besser erfaßt — werden ihnen ja doch in besonderen „Vergleichungen“ gesunde Anschauungen über den Kapitalismus eingepaukt!

„Wenn wir aber“, heißt es weiter, „von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesprochen haben, so ist diese Gegenüberstellung insofern nicht ganz zutreffend, als die Arbeiter mit den eigentlichen Besitzern nie etwas zu thun haben. Die Kohlenbergwerke mit ihren großen Tiefbauanlagen gehören entweder Aktiengesellschaften oder sogenannten Gewerkschaften“; nur einige wenige alte Gruben sind im Besitze einer einzelnen Person oder Familie. Die Mitglieder des Aufsichtsrathes des die Gewerkschaft vertretenden Grubenvorstandes bekümmern sich nur in Ausnahmefällen um die Verhältnisse der Bergleute. Sie bestellen den technischen Direktor, der, in der Regel ein ehemaliger Berg-Affessor oder Berg-Meister, nicht selten dieselbe Würde bei zwei oder mehr Gruben bekleidet, in der nächsten großen Herren Stadt lebt und sich mit der oberen Leitung begnügt, die eigentlichen Betriebsgeschäfte, die Festsetzung der Lohnsätze und Bedinge, die Annahme und Entlassung der Arbeiter aber dem Obersteiger oder Betriebsführer überläßt, der somit dem Arbeiter als unbeschränkter Herr und Gebieter gegenübersteht.“

Kann man sich eine treffendere Kritik unserer Eigenthumsverhältnisse denken, als sie hier gegeben ist? Einen überzeugenderen Beweis von der Ueberfülligkeit, ja Schädlichkeit der Gattung Eigenthümer? Der Stille, welcher ihr angehört, kümmert sich um nichts, als daß seine Aktien oder kurze hohe Dividenden einbringen. Was geht ihn die Produktion an? Für den Abzug der Produkte sorgt der kaufmännische, für die Leitung der Produktion der technische Direktor, der durch einen Gewinntheil dafür interessiert wird, die Ausschöpfung der Kanalle, Arbeiter genannt, gehörig zu besorgen, wobei er sich wiederum auf den Oberschinder — will sagen Obersteiger stützt. Nirgends zeigt sich das Wesen der modernen kapitalistischen Produktion in so klassischer Deutlichkeit als hier, das ja überall dasselbe ist, auch wo scheinbar oder wirklich der Kapitalist gleichzeitig technischer oder kaufmännischer Direktor ist. Für uns Sozialisten ist die Sache eben längst entschrieben, daß wir ein lehrreiches Exempel dafür aber in der „Berliner „Volkzeitung“ finden, dieser Lobrednerin der privatkapitalistischen Produktion, das ist der Humor davon.

Was soll denn nach der „Volkzeitung“ geschehen, um den Uebelständen, die sie so theilnahmsvoll zu schildern weiß, abzuhelfen? Ihr Artikel ist ziemlich lang, wer aber auch nur die Idee einer Antwort darin suchen wollte, der würde gewaltig irren. „Eine Besserung der Lage der Arbeiter im rheinisch-westphälischen Industriebezirke steht leider nicht in Aussicht, solange das gegenwärtige System des „praktischen Christenthums“ herrscht, ist der Endreizein desselben.

Sehr richtig, aber nicht in dem Sinne wie die „Volkzeitung“ es meint. Oder will sie uns etwa weis machen, daß die Rückkehr zum heiligen Freihandel, auch eine Besserung in der Lage der Arbeit zur Folge haben werde? Wir glauben nicht einmal, daß sie selbst das glaubt. Auf dem Boden des heutigen kapitalistischen Ausbeutungssystems gibt es für die Arbeiter keine Rettung aus dem Joch der Lohnsklaverei!

Nicht nur das praktische Christenthum, sondern das praktische Ausbeutertum muß beseitigt werden.

— Die Stichwahlen für das Berliner Stadtverordnetenkollegium haben der Arbeiterpartei zwei weitere Sitze eingebracht, und zwar siegte der Tischler L u h a u e r im 14. Wahlbezirk mit 820 Stimmen über den Liberalen L a n g e r h a n s und im 15. Wahlbezirk mit 741 Stimmen über den Liberalen S c h i e g n i g, während im 41. Wahlbezirk M a u r e r C o n r a d mit 827 Stimmen gegen den liberalen Kandidaten S c h u l z II., der 1106 Stimmen erhielt, unterlag. Da L u h a u e r außerdem bei der Hauptwahl im 13. Wahlbezirk gewählt worden war, so hat die Arbeiterpartei noch zwei Nachwahlen zu bestehen, von denen inbezug allseitig zugestanden wird, daß der Sieg der Arbeiterkandidaten gesichert sei.

Im Uebrigen war es die sogenannte Bürgerpartei, das Gemisch von Antisemiten, Regierungleuten u. dgl., die da, wo es sich um Stichwahl zwischen ihren Kandidaten und den Liberalen gehandelt haben, den Löwenantheil davontrug. Die „Frankfurter Zeitung“ war daher schnell bei der Hand, die Niederlage ihrer Berliner Freunde damit zu bemänteln, daß sie den Arbeitern unterstellte, aus Haß gegen die Fortschrittler für die offene Reaktion gestimmt zu haben. „In den Erfolgen des gestrigen Tages“, schreibt sie, „theilten sich Bürgerpartei und Sozialdemokratie, die sich auch gegenseitig unterstützten haben. Soweit Arbeiter

*) Diese Gewerkschaften unterscheiden sich von den Aktiengesellschaften nur dadurch, daß die Zahl ihrer Antheile, kurz gesagt, geringer ist als die Zahl der Aktien entsprechend großer Aktiengesellschaften, jeder Antheil selbst aber auf einen bedeutend größeren Betrag lautet, als die einzelnen Aktien. Anmerkung der Redaktion.

*) Ueber die Art und Weise, wie Dohlsfeld und Döbler den 24 Stunden in Polizeihaft gewesenen Krämmer mißhandelten, berichtet Nr. 46 des „Sozialdemokrat vom vorigen Jahre.“

*) Die Berliner Polizei ist im Vergleich zur Leipziger noch anständig. Hält sie einen Sozialisten nach ihren Begriffen für so schuldig, weist sie ihn ohne Weiteres aus, blamirt sich und die Gerichte aber nicht erst durch eine schamvolle Anklagekomödie, bei der in der Regel nichts herauskommt. Möglich, daß die Berliner Staatsanwälte und Gerichte, durch die Erfahrung gewöhnt, sich zu sehen Handlangerdiensten der Polizei nicht hergeben. Im „gemüthlichen“ Sachsen ist das anders.

in den zwischen Fortschritt und Reaktionsären freitragenden Bezirken an der Wahl theilnahmen, stimmten sie für die Letzteren, gaben also dem Fortschritt mehr Raum als der Reaktion. Das ist eine direkte Lüge. Die Berliner Volkszeitung konstatiert vielmehr ausdrücklich, daß da wo die Arbeiter sich bei den Stichwahlen zwischen ihren Gegnern überhaupt betheiligten — im Allgemeinen blieben sie denselben fern — sie überwiegend zu Gunsten der Liberalen stimmten, wie das z. B. im 11. Wahlbezirk evident ersichtlich. Dagegen schreibt die „Volkszeitung“ von den Wahlkreisen, wo Tugauer siegte, daß in Beiden höchstens „nur ein Theil der Bürgerpartei für die Arbeiterpartei gestimmt haben kann, wahrscheinlich aber beide Parteien ihren Stimmengewinn ihren eigenen Mitgliedern zu verdanken haben“. Man muß schon einen großen Haß gegen die Arbeiterpartei hegen, wenn derselbe in so eklatanter Weise, wie bei der Franzfurterin über die — Wahrheit obliegt.

— Stöder in London. Wenn Jemand eine Reise thut, so kann er was erzählen, dachte der fromme Hofprediger und zog über den Kanal, vor den Engländern Luther und vor den in London lebenden Deutschen die christlich-germanische Sozialreform, d. h. sich selbst, zu glorifizieren. Denn bekanntlich läßt sich der brave Stöder mit Vorliebe als Luther Nr. 2 anpreisen, was auch insofern ganz berechtigt ist, als Herr Stöder alle Fehler Luther's getreulich nachahmt. Vielleicht machen wir uns einmal gelegentlich den Spaß, eine Parallele zwischen Luther, dem Wortführer des emporkommenden Absolutismus, und Stöder, dem Lobredner des überlebten Absolutismus zu ziehen, heute wollen wir dies Thema bei Seite lassen und lieber unseren Lesern mittheilen, was man aus London über die dortigen Abenteuer des preussischen Oberhofbeamagogen schreibt. Wir erhalten nämlich darüber folgende Korrespondenz:

„Herr Stöder ist mit seinem Versuch, in London „christlichen“ Sozialismus zu predigen, besser gesagt: Sozialdemagogie zu treiben, schlecht angelassen. Es war seinem Komite gelungen, für seinen ersten Vortrag den egyptischen Saal im Mansionhouse (Stadthaus), für seinen zweiten die Memorial-Hall in Harrington-Street zu sichern. Der erste Vortrag sollte am 14. ds., Nachmittags 1 Uhr, stattfinden, Thema: „Die Sozialreform in Deutschland“, der zweite am 15. ds., Abends 7 1/2 Uhr, Thema: „Der christliche Sozialismus.“ Da machte ihm nun der hochkonfessionale neue Lordmajor Fowler einen bösen Streich durch die Rechnung, indem er ihm auf Veranlassung des israelitischen Aldermans Isaac die Erlaubniß zur Benutzung des Mansionhouse-Saales entzog, mit Rücksicht, wie er in den Blättern erklären ließ, auf die respektablen israelitischen City-Kaufleute.

„Die erste Versammlung mußte also auch in Memorial-Hall, die einer englischen Nonconformisten (Dissidenten) Sekte gehört, stattfinden. Vorher hatte Stöder noch sein Heiligthum in dem Hauptquartier der Ruder Londons, in „Exeter-Hall“, leuchten lassen, alwo er einige unüberdäuliche Proben über die Internationalität Luther's in noch unverdäulicherem Englisch von sich gab. Zu der Nachmittagsversammlung konnten unsere Genossen, die sämtlich für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten haben, nicht kommen, da Stöder dem doch nicht werth ist, einen halben Tag Arbeit feinetwegen zu verlieren. So waren nur einige Genossen anwesend, die dem geistlichen Herrn den Juden seines Vortrags schön in Unordnung brachten, bei dem Namen Luther „Bauernkrieg!“ und bei Erwähnung der „Hochacht unseres Kaisers“ „Maffensmörder!“ riefen. Schließlich gab dann auch Stöder die Sache auf, nachdem er noch gedauert, die Sozialdemokraten sollten erst ihre revolutionären Ideen ablegen, da könne man auch das Sozialistengesetz aufheben. So klau! Diskussion gab es nicht.

„War die Nachmittagsversammlung schon ein beträchtlicher Herdenschlag, so wurde es am Donnerstag Abend noch schlimmer. Unsere Genossen waren von allen Seiten herbeigezogen, auch Juden hatten sich in Masse eingefunden. Als die Thüren geöffnet wurden, war der Andrang so stark, daß die geräumige Halle — sie faßt mit der Gallerie 1500 Personen — im Nu gefüllt war. Von Sozialisten machten im Ganzen etwa 400—500 Mann anwesend sein, und zwar aus beiden Lagern, da Sozialisten und Sozialrevolutionäre bei dieser Gelegenheit ohne besondere Berabredung zusammenkamen. Die Arrangements der Versammlung hatten auch reservirte Plätze eingerichtet, à 2 Sh. 6 d. (M. 2,50) der Sitz; die Stühle hatten die Schlaumeier mit Stangen und Stricken mit einander verbunden, um einem etwaigen Vordringen der im hinteren Theile des Saales befindlichen Menge Hindernisse in den Weg zu legen. Unsere Genossen, als erfahrene Versammlungsbesucher, hatten sich natürlich so weit als möglich nach vorn postirt.

„Als Stöder mit seinem Komite erschien, wurde er mit mittelangenem Rufen und Lärmen begrüßt, wobei die anwesenden Bourgeois und Juden Hervorragendes leisteten. Letztere brachten dann auch aus Dankbarkeit dem Lordmajor Fowler ein Hoch aus. Ein gewisser Herr Feldmann, der den Vorsitzenden spielen wollte, suchte vergebens Ordnung herzustellen, bis Stöder schließlich einfiel, daß er nachzugeben habe, und den Bürger Daubenspeck bewog, in seinem Namen zu erklären, daß er sein Wort gebe, daß freie Diskussion stattfinden solle; auch offerirte Stöder den Sozialisten, sich einen zweiten Vorsitzenden zu wählen. Davon wollten aber die Genossen nichts wissen. Sie waren hergekommen, nicht um zu diskutieren, sondern um Herrn Stöder und in seiner Person Bismarck, seinem Patron und den regierenden Klassen Deutschlands, ihren Haß und ihre Verachtung in möglichst unzweideutiger Weise kundzugeben, auf die Rundtodtmachung unserer Genossen in Deutschland zu antworten, und glaubten das am besten zu thun, wenn sie Stöder möglichst geschwind zum Verlassen des Saales bewogen. Das Rufen begann von Neuem, untermischt mit den Rufen: „Reus!“ „Nicht reden lassen!“ u. Gleichzeitig wurde an zwei Stellen im Saale die rothe Fahne entfaltet, die eine von Bürger S. Kaufmann unmittelbar vor der Tribüne, die andere von einem Mitgliede von Stephens News (Kofe Street) mitten unter den reservirten Plätzen. Beide, von der Waffe der Genossen getrennt, wurden leider von den sie umringenden Polizisten und Bourgeois überwältigt und ihnen die Fahnen entzogen. Jetzt war es aber mit aller Geduld vorbei. In geschlossenen Reihen marschirten unsere Genossen auf und über die Stühle hinweg und nahmen, die Bourgeois verschwendend, von dem Bureau Besitz, von dem Stöder und sein Komite Hals über Kopf verschwanden. Die Karzeilaisse wurde angestimmt, und volle 10 Minuten erfreuten wir uns unseres spielend errungenen Sieges.

„Die Stöder'schen hatten inzwischen Polizeiverstärkung geholt. Der Inspektor kam, erklärte, daß „Dr.“ Stöder die Halle verlassen habe, und ersuchte (meckt Euch das Wort!) die Anwesenden, die Halle ruhig zu verlassen. Dieser höflichen Aufforderung kamen wir auch nach, freilich so langsam als möglich, um Stöder nicht Gelegenheit zu geben, doch noch eine Versammlung mit seinen Getreuen abzuhalten.

„Wie wir hören, wird jetzt von Stöder's Seite beabsichtigt, eine geschlossene Versammlung abzuhalten.

„Nun, wir können die Herren nicht hindern, hinter verschlossenen Thüren zu togen und pompöse Resolutionen zu fassen. In eine öffentliche Versammlung in London wird sich aber dieser Bismarck'sche, in Judenhege machende christlich-soziale Oberdemagogie wohl nicht so leicht wieder begeben.“

C. V.

— Soweit der Bericht. Wie man sieht, nehmen unsere Londoner Genossen die Verantwortung für die „wüsten Tummelte“, von denen die Liberalen mit heuchlerischem Bedauern schreiben, voll und ganz auf sich. Sie wollten nicht diskutieren, sondern demonstrieren. Und wenn man bedenkt, in welcher infamer Weise Stöder in Deutschland das Sozialistengesetz bedroht, dazu benutzt hat, unsere Partei und unsere besten Vorkämpfer mit seinem Geifer zu besudeln, dann wird man diese Art Revanche sicherlich nicht zu schroff finden. Selbst die reaktionäre „St. James Gazette“

schreibt, daß der Professor der Wissenschaft der Judenhege keinen Grund habe, sich zu beklagen.

Die „St. James Gazette“ ist das Organ der englischen Hoflique und zweifelsohne von gewissen, der preussischen Kronprinzessin Viktoria nahestehenden Kreisen beeinflusst. Die Engländer sagen offen ihre Meinung, die deutschen Liberalen aber, die sich im Stillen unendlich gefreut haben, daß ihr Konkurrent in Servilismus es einmal gehöbig bekommen hat, lassen die gute Gelegenheit nicht vorübergehen, auf die rohen Sozialdemokraten den Stein ihrer pharisäischen Entrüstung zu werfen, von Verlesung der „Freiheit“ u. zu reden. Diesen Wiederwärtlern sei erwidert, daß unter den „wüsten Schreibern“ sich Männer befanden, denen die deutsche „Freiheit“ ihre ganze Existenz gelöst hat. Das will etwas mehr sagen, als der bloße Verzicht auf die Verherrlichung des Bismarck'schen Volksbetrugs. Wer die Freiheit Anderer mit Füßen tritt, hat keinen Anspruch darauf, seine eigene Freiheit respektirt zu sehen.

— Das Attentat auf Jules Ferry. Die unsere Leser bereits gelesen haben werden, ist der Präsident des Ministeriums der französischen Republik, Herr Jules Ferry — Jait-tire (macht lachen) nennen ihn die pietätlosen Pariser — am letzten Sonnabend Gegenstand eines Attentatsversuchs gewesen. Der Attentäter war in das Ministerhotel gegangen, hatte dort den Minister, der zur selben Zeit im Senat war, zu sprechen verlangt, war dann, da er nicht vorgelassen ward, gewaltsam in das Zimmer gedrungen, in welchem er den Minister vermutete, und bekannte, als ihn die Thürsteher verhafteten, offen, weshalb er gekommen war. Ihr stellt Millionen, rief er aus, während wir mit 2 1/2 Franken per Tag verhungern!

Paul Curien, so heißt der Attentäter, ist 18 Jahre alt, von schwächlicher Konstitution und arbeitete zuletzt als Bäckergeselle in Lille. Er besuchte dort öfters anarchistische Vereine, denen er jedoch als Minderjähriger nicht beitrug.

„Aus unsern Gegenüberstellungen“, schreibt Em. Raffard im „Cri du Peuple“ — der seinen Mitarbeiter Olivier Pain nach Lille geschickt hatte, um nicht auf die offiziellen Quellen angewiesen zu sein — geht hervor, daß Curien weder wahnsinnig noch ein Volkseigent ist. Soviel steht fest. Wir sagen das frei heraus, weil die sozialistische Partei kein Interesse daran hat, die Wahrheit zu bemänteln. Curien gehört zu jenen Berbitterten, die wie Jourmier in Roanne und Florion in Reims nicht den für eine Erhebung günstigen Moment abwarten können, und die sich einbilden, durch einen Pistolenschuß die Grundlagen der Gesellschaft zu zertrümmern.

„Wir billigen das individuelle Vorgehen nicht, wir erklären es offen, weil wir es für unnütz und zumellen sogar schädlich halten. Gambetta, den Florion beseitigen wollte, ist todt, aber die kapitalistische Ausbeutung ist immer noch oben auf.“

„Das Leben eines Staatsmannes zählt nicht in dem Leben eines Volkes; wir führen keinen Kampf gegen Individuen, sondern gegen Einrichtungen; die Haut eines Ferry ist uns nicht die Kugel werth die sie durchlöchert, und wir halten dafür, daß der Kampf gegen die Bourgeoisie kein persönlicher und vereinzelter, sondern ein gemeinsamer und allgemeiner sein muß: Klasse gegen Klasse.“

„Das ist aber kein Grund, die Heißblütigen zu verdamnen, welche in einem Augenblick der Berührung der Versuchung nachgeben, die Rolle des Rächers zu spielen. Curien gehört zu ihnen.“

Schroffer als Raffard drückte sich der Anarchist Delory in Roubaix, der Nachbarstadt von Lille aus, den Olivier Pain besuchte. Er sagte:

„Dieser Attentatsversuch ist Blödsinn. Was sollte das gewaltfame Verschwinden eines Regierers nützen! Unsere Grundzüge richten sich nicht gegen Einzelpersonen, sondern gegen die ungerechten Einrichtungen.“

Ganz unsere Ansicht.

— Bourgeoisdankbarkeit. Für den Rusterbourgeois gibt es keine andere Triebfeder als das Interesse, das nackte, krameralistische Interesse. Wenn er sich großmüthig zeigt, kann man daraus wetten, daß die Großmuth nur der Deckmantel des gemeinsten Egoismus ist. Am deutlichsten sieht man dies an der Behandlung, welche die Bourgeoisie ihren Handlangern und Vertheidigern zu Theil werden läßt. Solange sie arbeitsfähig sind, ihr nützen, werden sie bezahlt — oft (falls es sich verlohnt) gut bezahlt — sobald sie aber arbeitsunfähig werden, ist's auch mit dem Bezahlen vorbei — der „ausgemergte“ Erfinder, Journalist oder was er sonst ist, mag sehen, wo er Brod findet, seine Wittwe oder Kinder mögen verhungern.

Ein recht schlagendes Beispiel von solcher Bourgeoisdankbarkeit wurde uns vor Kurzem durch ein Leipziger Blatt enthalt. Wir fanden daselbst nachstehende Annonce, die wir im Original beilegen:

„Aufträge für Wäschesticker, lateinische und gothische Buchstaben sowohl wie Monogramme, nimmt entgegen
P. v. d. v. Redakteur Hüttner,
Lindenstraße 2, 2 Tr.“

„P. v. d. v. Redakteur Hüttner“ sucht „Aufträge für Wäschesticker“ u. d. h. Arbeit, welche erbärmlich bezahlt wird und Knapp ausreicht, das schnelle Verhungern zu hindern, indem an dessen Stelle das langsame Verhungern gesetzt wird, wie das Hood in seinem „Lied vom Hund“ geschildert hat. Die Verfasserin der Annonce ist also offenbar in der traurigsten Nothlage. Und wer ist nun diese Unglückliche? Der Name hat unsere Leser vielleicht schon auf die richtige Spur gebracht. Es ist die Wittwe des vor ungefähr einem Jahre zu Leipzig verstorbenen Redakteurs Hüttner vom „Leipziger Tageblatt.“ Dieser Hüttner, den Parteigenossen zur Genüge bekannt, hatte sich an die Bourgeoisie verkauft und obgleich seine Fähigkeiten und Kenntnisse nicht weit her waren, so besaß er doch eine Eigenschaft, die seiner Feder und Redaktionschere (letztere war sein Hauptarbeitsinstrument) einen ziemlichen Kaufwerth verlieh: er hegte vor seiner schmutzigen Arbeit jurid, ja betrieb sie mit Vorliebe — je schmutziger, je lieber. Und so kam es denn, daß die Eigentümer des „Leipziger Tageblatts“, Buchdruckereibesitzer Polz, ihm ein Jahresgehalt von 9000 Mark bezahlten. Jetzt ist er todt und die Wittwe am Verhungern. Die Wittwe kann die schmutzige Arbeit ihres Mannes nicht verrichten — und Herr Polz denkt: keine schmutzige Arbeit, kein Geld — die Wittwe seines gestorbenen Redakteurs (Chefredakteurs) der ihm fast ein Menschenalter treu als journalistischer Konkubiner*) gedient hat, läßt er kaltblütig in's Proletariat herabsinken, zu Grunde gehen. Und er sieht hierin durchaus nichts Unanständiges — sonst würde er die Blamage dieser Annonce durch ein Bettelalmosen abgewendet haben. Offenbar hält er sein Handeln für durchaus korrekt; für so korrekt, daß er sich nicht schämt, den verzwelfelten Nothfrier der Wittwe seines langjährigen Chefredakteurs in seinem eigenen, von diesem fast ein Menschenalter redigirten Blatte zu veröffentlichen. Denn das „Tageblatt“ ist's, dem wir die Annonce entnommen. Ob er Zahlung für die Annonce verlangt und empfangen hat? Warum nicht? Geschäft ist Geschäft, und in Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf.

Der Skandal hat noch eine zweite Seite, auf die wir unseren Blick werfen müssen: der verstorbene Chefredakteur des „Leipziger Tageblatts“ gehörte bekanntlich zu den rückwärtslosesten Berunglimpfern der Sozialdemokratie und rechnete es u. A. unserer Partei als ein besonders schweres Verbrechen an, daß sie die deutschen Arbeiter dem Sparteoangelium des sozialen Messias Schulze-Delisch abwendig mache. Er war mit einem Wort ein fanatischer Vertreter der Sparteorie. Durch Sparsamkeit könne alles Elend aus der Welt geschafft werden, durch Sparen, und durch Sparen allein, sei die soziale Frage zu lösen, — Niemand, der spare, könne in's Elend kommen, — wer in unserer

*) Wörtlich: Führer, hier im Sinne von Oberhausnedt.

besten der Welten in's Elend komme, sei selber Schuld daran, weil er das alleinseligmachende Sparen verübt habe.

Wohlan, dieser biedere Sparteopostel huldigte in seinem Leben jener famosen Pfaffenmaxime, daß die Lehrer des Volkes, gleich den Wegweiser an den Landstraßen, zwar den Weg zu zeigen, nicht aber ihn zu gehen haben — er verkneipte Jahr für Jahr seine 9000 Mark gewissenhaft bis auf den letzten Pfennig; und als er der Redaktionschere und der Leipziger Gose Balet sagen mußte, da war von dem Sparteopostel nicht soviel Geld erspart, daß man den Sparteopostel hätte begraben können.

Man sieht, der Musterredakteur Hüttner war ein ebenso musterhafter Sparteopostel, wie sein Brodgeber Polz ein musterhafter Bourgeois ist. Von der Moral der Geschichte brauchen wir nicht zu reden; sie liegt faulstid vor den Augen des Lesers.

— Die Volkspartei und das Reich. Herr Sonnemann hielt am 17. November in Göttingen einen Vortrag über die politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen. In diesem Vortrag gab er, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, unter Anderem folgenden Satz zum Besten:

„Um ein solches Vorgehen (das Zusammengehen mit den Konserativen) zu rechtfertigen, sagen die württembergischen Liberalen, sie seien gezwungen mit den Konserativen zu gehen, weil sie die Volkspartei bekämpfen müßten, denn diese sei antinational. Zum Beweis für diese Behauptung wissen sie nichts Anderes vorzubringen, als alte Geschichten vor 1866 oder 1870; in dieser Zeit hat bekanntlich auch Herr v. Barnhüller, nimmeh einer ihrer Parteigenossen, das Wort: „Vae victis!“ gesprochen. Gegen die Thätigkeit der Volkspartei seit der Neugründung des deutschen Reiches wissen sie nichts einzuwenden. Heute erfüllt keine Partei ihre Pflichten gegen das Reich treuer und gewissenhafter, keine steht fester auf dem Boden des Reichs als die deutsche Volkspartei.“

Das „Reich“, um das es sich hier handelt, ist ein Konglomerat von 25 „Regierungen“, von dem noch jüngst sein „Schöpfer“ in seinem Leibblatte erklären durfte, es sei durchaus nicht ausgeschlossen, daß diese „Regierungen“ nicht eines Tages den Reichsvertrag ändern könnten, wenn es ihnen in den Kram passe; dieses „Reich“ zählt zu seinen Angehörigen Hunderttausende, die nicht Deutsche sind, nicht Deutsche sein wollen, während Millionen Deutscher außerhalb desselben stehen; dieses „Reich“ hat eine Verfassung, die jede wirkliche Volksvertretung unmöglich macht — dieses „Reich“ ist mit einem Wort das absolute Gegentheil eines demokratischen Gemeinwesens.

Indes das Reich besteht einmal und deshalb kann man, ohne die Grundsätze der Demokratie zu verleugnen, in dem gegebenen Rahmen desselben für seine Umwandlung in einen wirklichen Volksstaat wirken, ohne deshalb Landesverrath und dergleichen zu begehen oder irgend ein Interesse des im Reich vertretenen Volkes zu verletzen. Wer sich aber auf den Boden des Reiches stellt, und zwar so fest stellt als alle anderen Parteien, die Deutschkonserativen indbegriffen, der verläßt damit den Standpunkt der Demokratie, der anerkennt das Fürstenkonglomerat als einen berechtigten Faktor in den Reichsinstitutionen, der anerkennt den Zustand, daß ein Bundesrath alle Beschlüsse der Volksvertretung in den Papierkorb werfen darf, der sanktionirt die jämmerlichste Schöpfung einer kläglichen Kompromißpolitik.

Anstatt dagegen zu protestiren, daß man die Gegner des Reiches in seiner heutigen Gestalt als Gegner der Nation hinstelle, zog es Herr Sonnemann vor, zu konstatiren, daß er mit Rinnigerode, Hammerstein, Bennigen und Konforian an demselben Stränge ziehe — eher fester als weniger wie sie.

Wir begnügen uns damit, von dieser offiziellen Losung von der Demokratie, von den politischen Grundfragen eines Johann Jakob, Kenntniß zu nehmen.

— Eine Frage. Noch eine Stelle aus der Sonnemann'schen Rede verdient hier näher betrachtet zu werden. „Die Volkspartei“, sagte der Führer derselben, „kämpft für den freirechtlichen und sozialen Ausbau des Reiches mit der Waffe des allgemeinen Stimmrechts. Solange wir diese Waffe haben, bleibt die Bahn keinem berechtigten Fortschritt verschlossen.“

„Berechtigter Fortschritt“ ist ein sehr schönes Wort, das wir jedoch als einen harmlosen lapsus linguae nicht beachten würden, wenn es nicht vortrefflich die Tendenz, überall einzujustriren, zurückerzudrängen, verriethe. Selbst der arme, unschuldige Fortschritt, dieser nichtsagende, zu nichts verpflichtende Fortschritt, muß sich unter ihr in einen berechtigten und einen unberechtigten einteilen lassen. Wollten wir hochacht sein, so könnten wir Herrn Sonnemann unterstellen, daß er jeden Fortschritt, der mit dem allgemeinen Stimmrecht erreicht werden kann, für berechtigt, jeden anderen aber für unberechtig hält, und da würde es sich denn zeigen, daß all die schönen Dinge, von denen er hinterher spricht: Schaffung eines verantwortlichen Reichsministeriums, Umwandlung des Bundesrathes in ein Staatenhaus u. s. w. zum unberechtigten Fortschritt gehören, inwiefern sie durch das allgemeine Wahlrecht nicht erreicht werden können. Herrn Sonnemann ist doch das Schicksal des Diätenantrages bekannt?

Wir sind aber nicht so hochacht, sondern erlauben nur eine ganz bescheidene Frage: Haben wir denn in Deutschland überhaupt das allgemeine Stimmrecht? Kann man unter ernsthaften Bedenken ersthaft von allgemeinem Stimmrecht reden, in einem „Reiche“, wo die Presse gehandelt, das Versammlungsrecht vernichtet, das freie Wort unterdrückt, die Freiheit der Wahl für die Mehrzahl der Wähler eine infame Lüge ist?

— Eine Schufferei. Seit über 14 Tagen ist der aus Leipzig ausgewiesene Buchbinder Laute, der im Dieb'schen Geschäft in Stuttgart Stellung bekam, verhaftet, wie sich herausstellt, in Folge einer Denunziation, daß Laute den „Sozialdemokrat“ verbreite. In der That fand sich bei der Hausdurchsuchung in seiner Wohnung ein Brief des bekannten Polizeispions Rebel aus Leipzig vor, worin dieser seinen „Freund Laute“ ersucht, ihm eine Anzahl von Exemplaren des „Sozialdemokrat“ zu senden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Rebel diesen Brief geschrieben hat, um Laute in die Patzche zu bringen. Laute hat nun zwar keine Blätter gefandt, sitzt aber doch seit über 14 Tagen in Untersuchungshaft und kann unter Umständen warten, bis nach Ansicht der Stuttgarter Richter seine Unschuld erwiesen ist.

In Leipzig besteht kein Zweifel, daß Rebel es war, der schon vor Jahr und Tag gegen Laute die Denunziation einreichte, einen Artikel im „Sozialdemokrat“ geschrieben zu haben, in Folge dessen Laute 3 Monate Gefängniß erhielt und dann ausgewiesen wurde.

Werkwürdigerweise wollte Laute nie an die Schultigkeit Rebel's glauben — jetzt dürfen ihm die Augen aufgegangen sein!

— Auch eine „geschulte Kraft“. In den Eschlothringschen Oberlehrerath ist jüngst ein Lehrer Dr. Schafe aus Berlin berufen worden, der das respektable Alter von 26 Jahren erreicht hat und noch nicht 2 1/2 Jahre — seine Probezeit inbegriffen — im Schuldienst thätig ist. Was muß das für ein Genie im — Tur, nen sein! Ein Kandidat von Summi etasitium! Nicht nur in den Straßburger Lehrerkreisen, sondern auch in den nicht speziell betheiligten Regierungskreisen ist die „Verwunderung“ darüber — d. h. über die Berufung, nicht über das Rüdgrat — eine allgemeine, berichtet man der „Fr. Ztg.“

